

**Rede
von**

Guido Pott, MdL

zu TOP Nr. 22

Erste Beratung

**Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und
Meer schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/2035

während der Plenarsitzung vom 14.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte hier zur Sache sprechen: Bilder von Plastikmüll in unseren Meeren und an unseren Stränden erreichen uns täglich, und der dadurch entstehende Eindruck täuscht nicht:

Der Anteil des Plastikmülls in den Meeren steigt weiterhin stark an und belastet die weltweiten Küstenregionen. Wenn sich die jetzige Entwicklung fortsetzt, wird sich nach aktuellen Schätzungen bis zum Jahr 2050 – gemessen am Gewicht – mehr Plastik als Fisch in unseren Weltmeeren befinden.

Diese Entwicklung schadet und bedroht die Meerestiere. Fische und Seevögel verletzen sich an Plastikteilen oder verwechseln die Plastikfragmente mit Nahrung. Durch das Plastik in ihren Mägen verenden schließlich viele dieser Tiere.

Außerdem können sich toxische Schadstoffe in den Organismen der Meerestiere ablagern und in der Nahrungskette weiter angereichert werden, wodurch letztlich die Aufnahme durch den Menschen wahrscheinlich ist. Eine jüngst veröffentlichte Studie zeigt, dass sich bei jeder der untersuchten Personen Mikroplastik in der Verdauung nachweisen lässt. Welche gesundheitlichen Auswirkungen dies hat, ist bisher noch unbekannt.

Meine Damen und Herren,

in Deutschland fallen pro Kopf jährlich rund 220 Kilogramm Verpackungsmüll an. Ein Großteil davon ist Plastik. Damit war Deutschland im vergangenen Jahr „Müll-Europameister“. Auf diesen Titel können wir wahrlich nicht stolz sein. An einer Verbesserung müssen wir alle gemeinsam arbeiten!

Die Gründe für diese Entwicklung sind eindeutig: Verpackungswahn durch den Onlinehandel, die wachsende Zahl von To-Go-Angeboten sowie immer kleinere und unnötige Verpackungen in unseren Supermärkten. Hier stehen die Industrie,

die Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht zuletzt der Gesetzgeber in der Pflicht.

Wir müssen gemeinsam einen Weg raus aus der Wegwerfgesellschaft finden und den unachtsamen und nachlässigen Umgang mit Plastik bekämpfen, denn der mechanische Zerfall und letztlich die Zersetzung von Plastik kann hunderte Jahre dauern.

Meine Damen und Herren,

Plastik belastet unsere Umwelt nachhaltig!

Eines muss jedoch ganz klar sein: Es geht nicht darum, Kunststoffe grundsätzlich zu verteufeln. Diese Werkstoffe erfüllen in vielen Fällen wichtige Funktionen und sind bedeutsam für unsere Industrie. Es geht im Kern um den Umgang mit Plastik. Die Recyclingquote von Kunststoffen in Deutschland liegt bei knapp 50 Prozent. Das ist deutlich zu wenig.

Aus diesem Grund tritt mit Beginn des kommenden Jahres auf Bundesebene ein neues Verpackungsgesetz in Kraft. Dieses soll Mehrwegsysteme fördern und schreibt höhere Recyclingquoten vor. Zudem wird es für uns als Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich einfacher, Mehrweg- und eine Einwegverpackung voneinander zu unterscheiden.

Meine Damen und Herren,

eine höhere Recyclingquote ist ein sinnvoller Weg, um die Umweltbelastung durch Plastik zu reduzieren. Dies kann allerdings nur wirksam sein, wenn wir den Verbrauch von Einwegplastik drastisch reduzieren. 2,8 Milliarden Einweg-Kaffeebecher, 4,8 Milliarden Strohhalme, 9,6 Milliarden Einwegflaschen und 106 Milliarden Zigarettenstummel. Diese Menge an Einwegartikeln wird laut *Statista* in Deutschland jährlich verbraucht. Das sind erschreckende Zahlen.

Ein Zigarettenstummel kann zwischen 500 und 1.000 Liter Wasser verunreinigen. Auf die Straße geworfen, kann es bis zu 12 Jahre dauern, bis er zerfällt. Zigarettenstummel sind die am zweithäufigsten weggeworfenen Einwegartikel aus Kunststoff.

Auch deshalb ist das aktuelle Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission sehr zu befürworten und war für uns der konkrete Anlass, unseren Entschließungsantrag einzubringen. Die sich im Abstimmungsprozess befindliche Richtlinie adressiert genau die aufgezeigte Problematik der Einwegplastikprodukte. Diese machen zusammen mit verlorenen Fischfangeräten rund 70 Prozent des gesamten Meeressmülls aus.

Die Richtlinie sieht deshalb ein komplettes Verbot für die häufigsten Einwegprodukte vor, für die bereits Alternativen aus anderen Materialien zur Verfügung stehen. Zu den Produkten auf der Verbotsliste gehören beispielsweise: Wattestäbchen, Plastikteller und -besteck, Strohhalme und Rührstäbchen sowie Luftballonstäbe.

Für andere Einwegplastikprodukte, für die heute noch keine Alternativen zur Verfügung stehen, sieht die Richtlinie Verbrauchsreduktionsziele von bis zu 50 Prozent bis zum Jahre 2025 vor. Für Trinkflaschen soll mittels Pfandrückerstattungssystemen eine Sammelquote von 90 Prozent erreicht werden und diese sollen so beschaffen sein, dass sich der Deckel vom Getränkebehälter während der Nutzungsphase nicht lösen kann.

Weitere Komponenten der Richtlinie sind Kennzeichnungsvorschriften, die auf die korrekte Entsorgung von Einwegplastik aufmerksam machen, sowie eine erweiterte Herstellerverantwortung, die die Hersteller von bestimmten Produktgruppen dazu verpflichtet, für die Kosten für Sammlung, Transport sowie die Reinigungskosten für Meeressmüll und bewusstseinsbildende Maßnahmen aufzukommen.

Diese Gesetzesinitiative wird nicht nur zu einer Verringerung der Meeressabfälle führen, sondern birgt auch wirtschaftliche Chancen, indem sie die

Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen fördert, besonders im Hinblick auf innovative Lösungen für neue Geschäftsmodelle im Bereich der Mehrweg-Alternativen. Zudem befürworten laut einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts YouGov mehr als 70 Prozent der Deutschen die Initiative der EU-Kommission zum Verbot von Einwegplastikprodukten.

Die Bundesregierung hat bereits ihre Unterstützung für diese europäische Gesetzesinitiative signalisiert und hofft, dass die Richtlinie noch in diesem Jahr auf europäischer Ebene beschlossen wird und mit der Umsetzung auf nationaler Ebene im kommenden Jahr begonnen werden kann.

Meine Damen und Herren,

ein Verbot von Einwegplastikprodukten auf europäischer Ebene ist vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Binnenmarktes überfällig und folgerichtig. Hier müssen auch wir als Landespolitiker auf eine schnelle und flächendeckende Umsetzung der Vorschläge aus Brüssel drängen.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

Erstens: Sich auf europäischer Ebene für eine breite Zustimmung der Mitgliedsstaaten für die Richtlinie einzusetzen. Nur gemeinsam können wir hier wirklich etwas bewegen.

Zweitens: Sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Maßnahmen der Richtlinie in Deutschland stringent und schnellstmöglich umgesetzt werden. Es reicht allerdings nicht aus, sich hier auf die Unterstützung aus Brüssel und Berlin zu verlassen. Dort, wo wir selbst aktiv werden können, gilt es konsequent zu handeln.

Deshalb fordern wir die Landesregierung zusätzlich auf, Mehrwegsysteme bei Coffee-to-go-Bechern zu unterstützen; darauf hinzuwirken, dass die Nutzung von Plastikprodukten in den Landesbehörden und in der Landtagsverwaltung konsequent reduziert wird; und das erfolgreiche Programm Fishing-for-litter in Zusammenarbeit mit dem NABU angemessen zu unterstützen

Meine Damen und Herren,

die Bekämpfung der Konsequenzen des unachtsamen und nachlässigen Umgangs mit Einwegkunststoffen hat oberste Priorität.

Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit Einwegplastik – wie von der EU vorgeschlagen – können jedoch nur Erfolg haben, wenn auch wir als Volksvertreter und die Landtagsverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können nicht glaubwürdig für eine Reduzierung des Plastikmülls eintreten, wenn wir diese nicht selbst vorleben. In diesem Zusammenhang sollte gemeinsam mit der Landtagsverwaltung auch nach Mehrweglösungen für die Getränkeautomaten und Wasserspender in den Landtagsgebäuden gesucht werden.

Meine Damen und Herren,

die Vermüllung durch Plastikabfälle ist eine globale und grenzübergreifende Bedrohung für unsere Meeresökosysteme. Hier müssen wir als Land Niedersachsen unserer gesellschaftlichen Verantwortung noch stärker nachkommen.

Der starke Rückgang von Einwegplastiktüten in den vergangenen Jahren – 2017 verbrauchten die Deutschen 1,3 Milliarden weniger Einwegplastiktüten als im Jahr davor – hat gezeigt, dass bereits ein Umdenken bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, aber auch im Einzelhandel stattfindet. Dies macht mich zuversichtlich, dass trotz der erschreckend hohen Verbrauchszahlen eine Trendwende beim Umgang und Verbrauch mit Einwegplastik zum Wohle unserer Umwelt und besonders unserer Meere möglich ist.

Ich freue mich auf die nun folgenden Beratungen im Ausschuss.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!